

Metropolenträume in der Provinz

Thesen zur Kulturhauptstadt RUHR.2010

Das Ruhrgebiet möchte Metropole werden

»Wo das geht, geht alles« (RUHR.2010, Buch eins), verkünden selbstbewusst die PlanerInnen der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet 2010. Und dieser Optimismus bestimmt die gesamte Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Kulturhauptstadt. Er soll sich auf die BewohnerInnen des Ruhrgebiets übertragen, Lust auf Zukunft machen und sie alle beim großen Kultur-Festival 2010 umarmen. Die MacherInnen der Kulturhauptstadt kommunizieren Euphorie. Doch die Rede von der „Metropole Ruhr“ klingt wie eine Beschwörungsformel, die nur oft genug wiederholt werden muss, um den Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen. Das Ruhrgebiet ist weit entfernt davon, eine urbane prosperierende Metropole zu werden. Daran wird auch das Projekt Kulturhauptstadt nichts ändern.

Exkurs Metropole

Eine Metropole als wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Mittelpunkt einer Region kennzeichnen Vielfalt und Urbanität. Konzentrieren sich bestimmte ökonomische und soziale Akteure an einem Ort, entsteht eine wirtschaftliche und kulturelle Dynamik, deren Ausstrahlung Anziehungskraft entwickelt. Die wirtschaftliche Entwicklung bestimmende Branchen und wissenschaftliche Einrichtungen, aber auch Migration und Subkulturen spielen dabei eine Rolle. An ihren Schnittstellen entstehen Innovationen, die wieder neue Dynamiken hervorbringen. Altes wird dabei zerstört und Neues erfunden. Es ist also kein Zufall, dass Punk Ende der 70er Jahre in London entstanden ist und nicht in Herne.

Dass diese Prozesse den städtischen Raum und die soziale Zusammensetzung der Menschen, die dort leben, und die Menschen selber verändern, liegt auf der Hand. Wirtschaftliche und kulturelle Dynamik einer Metropole bedeuten auch immer Verdrängung, Ausgrenzung und ungleich verteilte Teilhabe. Die Stadtsoziologie bezeichnet diese Veränderungen als Gentrifizierung. Im linken Diskurs wird Gentrifizierung oft als ein von oben gesteuertes Projekt der „In-Wertsetzung“ beschrieben. Doch die soziale Umstrukturierung eines Stadtteiles, die Aufwertung des Wohnumfelds durch teils gezielte und selektive Veränderung der Bevölkerung, beginnt mit seiner subkulturellen Urbanisierung. Sie ist die erste Phase der Gentrifizierung. Berlin-Kreuzberg oder das Hamburger Schanzenviertel sind gute Beispiele dafür. Die subkulturellen Akteure sollten sich als Teil dieses Prozesses reflektieren, und die alleinige Verteidigung des Status Quo kann in manchen Fällen die Konservierung oder romantische

Verklärung von Armutstrukturen bedeuten. Anders als in Metropolen stellt sich das Problem der Gentrifizierung im Ruhrgebiet in dieser Form jedoch nicht, weil hier die kritische Masse subkultureller Akteure fehlt.

Die Zerstörung einschließender kultureller und sozialer Milieus, ihr Absterben oder produktives „Aufmischen“ hat auch positive Elemente. Im Schmelztigel metropolitaner Urbanität bilden sich hybride Subjektivitäten heraus. Ihre Vielfalt und Mehrdeutigkeit passen sicherlich zu den Anforderungen einer globalisierten Wissensgesellschaft, dem Verwertungsinteresse eines „kognitiven Kapitalismus“ und seiner Anrufung, das eigene Selbst produktiv zu gestalten. Andererseits ist das Entstehen hybrider Subjektivitäten die Voraussetzung für interessante kulturelle Produktionen. So begannen z.B. Kinder indischer MigrantInnen in den 90er Jahren in London traditionelle indische Musik mit Reggae und Elektronica zu Asian-Dub zu mixen – ein wichtiger Vorbote der heute so populären Worldmusic.

Im Ruhrgebiet als „Nicht-Metropole“ bedeutete die Auflösung der fordistischen Arbeiterkultur als einschließendes soziales Milieu für die heutige Generation eine Befreiung. Ihr Exodus aus der Fabrik wurde hier jedoch nicht „produktiv“. Auf der Flucht nach Neuem bleibt das Ruhrgebiet einfach zurück.

Die dynamische Entwicklung einer Metropole ist ein widersprüchlicher Prozess. Doch das Glücksversprechen wirtschaftlicher und kultureller Urbanität ist ungebrochen. Denn wer möchte nicht der eigenen Armut oder sozialer Kontrolle und provinzieller Langeweile entfliehen? Und freuen wir uns nicht, wenn die neusten kulturellen Trends aus den Metropolen hier bei uns im Ruhrgebiet endlich einmal angekommen sind?

Ein sterbender Dinosaurier

Das Ruhrgebiet wurde jahrzehntelang durch die großen Kohle- und Stahlindustrien geprägt, die heute, bis auf einen kleinen verbliebenen Rest, verschwunden sind. Was die politische Klasse, die Planungseliten sowie Wissenschaft und Medien als „Strukturwandel“ bezeichnen, kann in erster Linie ein Prozess der anhaltenden De-Industrialisierung beschrieben werden. Nach dem Ende der Montanindustrie verschwinden auch andere große und mittlere Industriebetriebe im Ruhrgebiet – zuletzt das Nokia-Werk mit über 2.000 Beschäftigten in Bochum.

Schon ab Anfang der 60er Jahre verlagerte sich eine ganze Branche, die neben Kohle und Stahl in einigen Städten des Ruhrgebiets eine wichtige Bedeutung hatte, relativ lautlos in die Weltmarktfabriken des Südens – die Textilindustrie. Der Niedergang dieser Branche ist im öffentlichen Gedächtnis des Ruhrgebiets kaum mehr vorhanden – handelte es sich doch „nur“ um niedrig entlohnte Frauenarbeit. Im Gegensatz dazu wird die Erinnerung an die verlorenen Abwehrkämpfe der Bergleute und Stahlarbeiter bis zum Sozialkitsch verklärt. Allerdings gelang es diesen Branchen im Bündnis mit Gewerkschaften und Sozialdemokratie, ihr Sterben durch Milliarden-Subventionen zu verlängern und zugleich andere Entwicklungsmöglichkeiten zu blockieren.

Die Handarbeit ist im Ruhrgebiet im Zeitalter der Globalisierung knapp geworden, denn der Kapitalismus hat sich verändert. Die wichtigste Produktivkraft sind heute Wissen und Kommunikation.

Seit Mitte der 80er Jahre arbeiten im Ruhrgebiet mehr Menschen in Dienstleistungsberufen als im produzierenden Gewerbe. Das Wachstum des Dienstleistungssektors konnte aber den Verlust von rund 445.000 Arbeitsplätzen, die im produzierenden Gewerbe allein seit 1976 verlorengegangen sind, bis heute nicht auffangen (Regionalverband Ruhr – RVR, 2009). Die Erwerbslosenquote liegt im Ruhrgebiet mit über 10 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt, und in einigen Städten wie z.B. Gelsenkirchen erreicht sie zeitweise fast 18 % (Januar 2008, RVR).

Obwohl sich die Armut in manchen Gemeinden in bestimmten Stadtvierteln konzentriert – die Stadt Essen hat z.B. ein deutliches Gefälle vom „armen“ Norden zum „reichen“ Süden – gibt es noch keine offenen großräumigen Verslummungstendenzen. Dennoch entstehen als Folge dieser Segregation Armutsquartiere, in welche „die Überflüssigen“ abgeschoben werden und in denen eine verfestigte soziale Benachteiligung im Straßenbild sichtbar ist. Ungleich verteilte Teilhabe lässt sich auch am statistischen Vergleich von Wohnort, Einkommen und Bildung ablesen. Es gibt Stadtteile, in denen fast alle Kinder ein Gymnasium besuchen, und andere, in denen nur Haupt- oder GesamtschülerInnen leben, deren Eltern nur ein geringes Einkommen haben. Der bekannte Zusammenhang zwischen Einkommen der Eltern und Bildungschancen der Kinder zeigt sich hier deutlich.

Ein relatives neues Phänomen ist der Ankauf von Wohnsiedlungen durch meist kleinere internationale Fonds. Diese EigentümerInnen wollen für ihre AnlegerInnen höchst mögliche Gewinne erzielen und investieren kaum in den baulichen Bestand. Immer wieder gehen solche Fonds insolvent und die Bestände geraten unter Zwangsverwaltung. Die soziale und räumliche Desintegration dieser Siedlungen verschärft sich, und mit ihr die Hoffnungslosigkeit. Hier gibt es keine Lobby die zum Handeln zwingt.

Erschreckend ist die im Vergleich mit anderen Regionen auffallend geringere durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen im Ruhrgebiet. Die Ursachen dafür sind nicht etwa eine ungenügende medizinische Versorgung oder Umweltbelastungen, sondern eine „ungesunde“ Lebens- und Ernährungsweise der Menschen – und die wiederum ist eine Frage von Bildung und Einkommen, wie zahlreiche Studien belegen.

Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme im Ruhrgebiet führen zur Abwanderung besonders mobiler und qualifizierter Bevölkerungsgruppen. Die Städte schrumpfen, und der Leerstand steigt. Schätzungen zufolge wird sich die Zahl der EinwohnerInnen von 5,28 Millionen heute bis zum Jahr 2015 um rund 250.000 verringern – das entspricht etwa der heutigen EinwohnerInnenzahl von Gelsenkirchen (RVR, 2009). Dazu kommt eine Überalterung der Bevölkerung. Schon heute lebt im Ruhrgebiet, im Vergleich zu anderen Regionen, ein höherer Anteil älterer und ein geringerer Anteil jüngerer Menschen.

Von der Industriearbeit zur Industriekultur

Mit Hilfe milliardenschwerer Förderprogramme wurde ab Ende der 60er Jahre versucht, neue Industrien im Ruhrgebiet anzusiedeln und in Bildung und Forschung zu investieren. Mit der Ruhr-Universität Bochum begann ab Mitte der 60er Jahre der Aufbau einer Hochschullandschaft. Doch die Altlast der schwerindustriell geprägten Strukturen und die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes setzten der Transformation des Ruhrgebiets zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort enge Grenzen – bis heute.

In den 80er Jahren versprach die Einrichtung von Technologie- und Gründerzentren „neue Impulse“ für den „Strukturwandel“ sowie eine Antwort auf die Krise der Massenproduktion und die zunehmende Bedeutung der Informationstechnologie. Von diesen erneut hoch-subsidierten Projekten profitierten lediglich einige Unternehmen – nicht aber die „altindustrielle“ Erwerbsbevölkerung vor Ort. Und selbst Dortmund, die „Musterstadt des Strukturwandels“, der es mit dem „Technologiepark“ tatsächlich gelungen ist, eine ansehnliche Anzahl von IT-Unternehmen anzusiedeln, hat seit Jahren eine der höchsten Erwerbslosenquoten im Ruhrgebiet.

Offensichtlich zielt die Unternehmensförderung nicht auf die Integration der freigesetzten Arbeitskräfte des fordistischen Zeitalters. Die PlanerInnen des „Strukturwandels“ haben sich von dieser nicht mehr benötigten „Überflussbevölkerung“ verabschiedet. Dennoch wird natürlich der Zwang zur Arbeitsaufnahme mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten der Hartz-IV-Gesetze aufrechterhalten. Das steife Festhalten an der Vorstellung, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung sei möglich und auch wünschenswert, räumt diesen Menschen allenfalls noch eine Erwerbsmöglichkeit im unqualifizierten Niedriglohnbereich ein – etwa im Pflege-, Reinigungs- oder Sicherheitsgewerbe.

Ganz anders als mit den lebenden Hinterlassenschaften der Montanindustrien wird dagegen mit den räumlichen und baulichen Überresten umgegangen. Die Internationale Bauausstellung (IBA) in der zweiten Hälfte der 90er Jahre führte vor, wie aus Industriebrachen und verlassenen Fabriken Parks und Konzerthallen werden können. Auch wenn die überwiegend hochkulturellen Programme dieser neu geschaffenen Kunst-Orte wiederum Ausschlüsse produzierten und die Ästhetisierung fordistischer Artefakte zur „Industriekultur“ fragwürdig bleibt, partizipiert doch ein Großteil der Menschen im Ruhrgebiet vom Freizeitwert der erschlossenen Flächen, Ausstellungsorte und Radwegnetze. Hervorzuheben sind auch einige IBA-Projekte, die ganz konkrete Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen für die alteingesessenen und vielfach migrantischen BewohnerInnen historischer Zechensiedlungen bedeutet haben. Mit diesen Projekten und der Integration einer „IBA von Unten“, die z.B. in Mülheim a.d.R. den aufwendigen Umbau einer alten Reithalle zum Autonomen Jugendzentrum finanzierte, erlangte die Internationale Bauausstellung im Ruhrgebiet eine hohe Akzeptanz und international große Aufmerksamkeit. An diesen Erfolg möchte die Kulturhauptstadt 2010 anknüpfen.

Die Entdeckung der Kreativwirtschaft

Mit der Kulturhauptstadt 2010 sind die PlanerInnen des „Strukturwandels“ nun endgültig im Postfordismus angekommen. Sie propagieren »Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel«. Die Entstehung eines innovativen kulturellen Umfeldes soll als „Standortfaktor“ gefördert werden und die neuen WissensarbeiterInnen sowie die entsprechenden Firmen ins Ruhrgebiet locken. Umgekehrt soll die Abwanderung der als „kulturinteressiert“ identifizierten, qualifizierten Bevölkerungsgruppen verhindert werden. Damit ist auch die junge Medizintechnikabsolventin der Ruhr-Universität gemeint, die sich eher für elektronische Musik interessiert als für klassische Konzerte, nicht jedoch der Hartz-IV-Empfänger aus Bochum-Hamme. Denn der ist für den „Strukturwandel“ uninteressant.

Im Diskurs um die richtige Strategie des „Strukturwandels“ präsentiert sich die Kulturhauptstadt 2010 mit einem ausgrenzenden und instrumentellen Kulturverständnis. Kultur dient lediglich als Werkzeug zur Wirtschaftsförderung von der nur eine Minderheit profitieren wird. Öffentliche Kritik äußerte sich daran bisher lediglich als Warnung vor der Kommerzialisierung der Kunst. Um für die Kulturhauptstadt als strategisches Projekt des „Strukturwandels“ Akzeptanz zu schaffen und ihr Partizipationsversprechen glaubhaft erscheinen zu lassen, propagiert das konkrete Festivalprogramm jedoch »Kultur für alle«. Und tatsächlich scheint in dem großen Sammelsurium von Ereignissen für alle etwas dabei zu sein – von bildender Kunst bis zur Bratwurstbude – auch für den Hartz-IV-Empfänger aus Bochum-Hamme.

Die „Kreativwirtschaft“ ist ein durchaus umstrittener Sammelbegriff, unter dem gerne alle möglichen Akteure und Unternehmen aus den Bereichen Kunst, Design, Werbung, Produktentwicklung und Medien summiert werden, so z.B. auch die Druckindustrie, um seine ökonomische Bedeutung aufzublasen. Im Ruhrgebiet sollen demnach mittlerweile rund 52.000 Menschen in den wachsenden Branchen der Kreativwirtschaft arbeiten (RVR, 2009).

Als ein nicht mehr ganz so neues Aushängeschild gilt dabei die Zeche Zollverein in Essen, das »Zentrum der Kreativwirtschaft«. Dort wurde 2006 die »Zollverein School of Management and Design« eröffnet, deren gebührenpflichtiges Studieneangebot sich an internationale Führungskräfte richtet. Der 20-monatige Executive MBA-Studiengang kostet 22.000 Euro. Doch kaum jemand will dort studieren. Seit Anfang 2008 ist bekannt, dass die weitere Finanzierung und somit der Fortbestand der zu 80 % mit öffentlichen Geldern (rund 20 Millionen Euro) ermöglichten Zollverein School als Bildungseinrichtung nicht gesichert ist. In jüngster Zeit sollen sich Anfragen aus dem Stadtteil mehren, ob das leblose, jedoch architektonisch interessante Gebäude nicht einmal für eine Hochzeitsfeier genutzt werden kann.

Das Schicksal der Zollverein School ist sicherlich ein extremes Beispiel, doch zeigt es deutlich die Grenzen einer nachholenden Entwicklung von „Kreativwirtschaft“ im Ruhrgebiet. Wer sich ein Studium an der Zollverein School leisten kann und Wert auf ein urbanes metropolitanes Umfeld legt,

studiert in New York und nicht in Essen-Katernberg. Und im Vergleich mit „echten“ Medienstädten wie Köln, Hamburg oder Berlin ist das, was im Ruhrgebiet „Kreativwirtschaft“ sein kann, doch eher bescheiden.

Unser Dorf soll schöner werden

Allen Bemühungen und Beschwörungen zum Trotz bleibt das Ruhrgebiet zutiefst provinziell. Mit dem Abtäufen der ersten Schachtanlagen explodierte die EinwohnerInnenzahl der eigentlich agrarisch geprägten Region, und die Dörfer wuchsen zu Städten zusammen. Diese räumliche Struktur hat sich bis heute erhalten. Über weite Flächen besteht das Ruhrgebiet aus endlosen Vorstädten, und aus diesem Meer der Peripherie ragen nur einige kleinräumige Subzentren heraus. Die weite Verstreutheit interessanter Orte und die fehlende Verdichtung urbaner Vielfalt und Lebendigkeit in Stadtvierteln, die sich um ein Zentrum gruppieren, paart sich mit einer katastrophalen Nahverkehrssituation. Weil die Menschen in der Zeit von Kohle und Stahl direkt neben ihren Arbeitsplätzen wohnten, wurde der Ausbau eines schnellen öffentlichen Nahverkehrs vernachlässigt und in den Jahren danach weitestgehend verschlafen.

Provinzialität bestimmt nicht nur die räumliche Struktur des Ruhrgebiets. Die „Kirchturmpolitik“ der Gemeinden gegeneinander, ihr konkurrieren um Investitionsströme und die mangelhafte Kooperation machen eine großräumige Planung und den gemeinsamen sinnvollen Einsatz von Ressourcen schwierig. Die Diskussion über große Eingemeindungen oder sogar die Bildung einer „Ruhr-Stadt“ ist jedoch weitestgehend verstummt.

Alles andere als metropolitan ist auch das Denken und Handeln der lokal regierenden Parteisektionen. So wurde die für 2009 in Bochum geplante Love-Parade kurzfristig abgesagt, weil sie als nicht zu kontrollierendes Großereignis angesehen wurde, das zudem noch Schmutz und Lärm verursacht. Eine peinliche Provinzposse im Vorjahr der Kulturhauptstadt. Ein Kreativer – wie etwa der mittlerweile international bekannte Londoner Street-Art Künstler Banksy – würde mit seinen Schablonen-Grafitis und klandestinen Installationen von der politischen Klasse im Ruhrgebiet wahrscheinlich in erster Linie als Sachbeschädiger wahrgenommen werden. Doch sind es nicht gerade die subkulturellen Akteure, die den städtischen Raum – im Sinne einer »Kunst der Verwandlung« (RUHR.2010, Buch eins) – urbanisieren?

Das was Stadtbezirke wie z.B. Shoreditch im Osten Londons – das öffentliche Atelier von Banksy – nicht nur für die „Young Urban Professionals“ interessant macht, ist eine Verdichtung von angesagten Lokalen, Kunst- und Veranstaltungsorten, in deren Umfeld sich kleine Medienunternehmen ansiedeln. Kulturelle und ökonomische Urbanisierung funktionieren dort nicht als ein von außen initiiertes Prozess, sondern weil es in London tatsächlich so etwas wie eine „Kreative Klasse“ gibt, die auch gefördert wird, deren kulturelle Infrastruktur jedoch aus ihrer eigenen Dynamik heraus in den städtischen Raum hineinwächst, und deren

„Coolness-Faktor“ Ausstrahlung entwickelt. Eine abgeschlossene Kommerzialisierung beendet dann meist diese Entwicklungsdynamik.

Auch wenn die Kulturhauptstadt 2010 bewusst einige selektiv ausgewählte Off-Kultur-Projekte einbezieht und Gelder an sie verteilt, können diese keine soziale oder subkulturelle Bewegung ersetzen, sondern allenfalls imitieren. Unter den abgelehnten Vorschlägen aus der freien Kulturszene befanden sich auch Projekten mit sozial- oder kulturkritischen Ansätzen. Doch die Klagen der freien Kulturszene und der VertreterInnen der Soziokultur darüber, dass nur einzelne Projekte einbezogen wurden und die Mittelvergabe undemokratisch erfolgte, und sie konkrete Kulturarbeit leisten wenn die Kulturhauptstadt längst weitergezogen ist, bleibt in ihrer Selbstbezogenheit gefangen.

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens McKinsey ist für das innovative Klima einer Stadt die Größe der Schwulenszene entscheidender als die Anzahl der Opern- und Konzerthäuser. Doch lässt sich „Szene“ als soziales Netzwerk initiieren oder herbeikaufen?

»Jede Vision braucht jemanden, der an sie glaubt.«

(RUHR.2010, Buch eins)

»Passagen«, »Vernetzung«, »Zukunft gestalten« – das Wortgeklingel der Kulturhauptstadt-Rhetorik klingt aufgesetzt angesichts der anhaltenden Strukturkrise. Es verschweigt die sozialen Wirklichkeiten einer Alltagskultur im Ruhrgebiet hinter dem großen Spektakel. Das Projekt Kulturhauptstadt spielt sich im Kontext des „Strukturwandels“ als ein Lösungsansatz auf, in dem die benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Region jedoch keine Rolle mehr spielen.

Bewusst wird die sonst übliche Ruhrgebietsfolklore nicht bemüht. Die stillgelegten umgewidmeten Schachtanlagen dienen heute als Kulissen für das Versprechen eines modernen Wandels. Das Bild des Bergmanns im Feinrippunterhemd vor der Hochofenskyline ist verschwunden. An seine Stelle tritt vielleicht die Flaschensammlerin am Rande einer der Kulturhauptstadt-Events. Doch diese „Kultur der Armut“ soll unsichtbar bleiben.

Ähnlich wie die IBA soll die Kulturhauptstadt nach innen Identifikation und Gemeinschaft stiften und nach aussen als Marketingstrategie wirken. Sie wird unabhängig von ihr geplante Events und Festivals ergänzen und zu einem bunten Bespaßungsprogramm zusammenfassen. Sie wird ein bisschen kulturelle Infrastruktur zurücklassen, die Landschaft mit Kunst möblieren und den bescheidenen Ruhrgebietstourismus ankurbeln. Anders als die IBA bleibt ihr nachhaltiges „Partizipationspotenzial“ jedoch auf einige wenige beschränkt.

Der Kulturbetrieb selbst kann als Modell eines stark hierarchisierten Arbeitsmarktes mit unterschiedlichsten prekären Arbeitsverhältnissen angesehen werden. An der Spitze stehen die hochbezahlten IdeengeberInnen und KulturmanagerInnen, gefolgt von den Künstler- und ProducerInnen, denen wiederum eine Vielzahl von schlecht oder unbezahlten HelferInnen zuarbeitet, z.B. PraktikantInnen oder Ehrenamtliche.

Durch die Kulturhauptstadt hindurch und über sie hinaus

Die Strukturprobleme des Ruhrgebiets sind Ergebnis der globalen Transformation des Kapitalismus und verschärfen sich in seiner aktuellen Krise. Wir sollten die Diskussion von konkreten Alternativen nicht der politischen Klasse und ihren ExpertInnen überlassen. Hierzu ein paar erste grobe Gedanken.

Die Kulturhauptstadt Ruhr 2010 bezieht sich positiv auf die Chancen der Wissensgesellschaft, einer Gesellschaft, die vollständig unter dem Kapitalverhältnis subsumiert ist. Wenn es aber heute die gesamte Gesellschaft ist, in der Wissen und Kreativität als Produktivkraft entstehen, darf gesellschaftliche Teilhabe nicht länger nur an Lohnarbeit gekoppelt bleiben. Sollte deshalb in der Diskussion um die Richtung eines gesellschaftlichen Wandels die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht eine zentrale Position einnehmen?

Wenn öffentliche Gelder im Ruhrgebiet investiert werden, sollten sie den Menschen zugute kommen, die hier leben. Das bedeutet, dass kulturelle Infrastruktur in erster Linie soziale Infrastruktur sein muss. Die Entwicklung von Bildungsangeboten, die nicht selektieren, sondern fördern, gehören genauso dazu wie Stadtteilzentren, die Bereitstellung großzügigen Wohnraums oder öffentliche Schwimmbäder.

Und könnten Zwischennutzungen, die mietfreie Überlassung ungenutzter Flächen, Gebäude oder Ladenlokale an soziale und kulturelle Basisinitiativen nicht ein Konzept sein, um tatsächlich im Lebensalltag der Kommunen geerdete Projekte zu fördern?

Wir wollen uns mit der Frage, nicht nur nach unseren „kulturellen Bedürfnissen“ als BewohnerInnen des Ruhrgebiets, in das Kulturhauptstadt-Spektakel einmischen. Das wir dabei selbst zum Bestandteil des Spektakels werden – ob wir wollen oder nicht – wird sich nicht vermeiden lassen. Dennoch denken wir, dass es möglich ist, spielerische Formen der Intervention zu finden, die sich nicht einfach vereinnahmen lassen. Wir glauben, dass die Kulturhauptstadt 2010 eine Bühne sein kann um mit Aktionen zu irritieren, Unsichtbares sichtbar zu machen, Fragen zu stellen und mögliche Antworten zu diskutieren.

AG Kritische Kulturhauptstadt, 04/2009

c/o Soziales Zentrum
Josephstraße 2
44791 Bochum